

# Wie man Türkis-Grün ärgern kann

**Kammerspiele.** Sollten die beiden Wahlsieger zusammenfinden, müssten sie ohne Mehrheit im Bundesrat regieren. Das dürfte zu Verzögerungen bei Gesetzen führen. Dass die Länderkammer eine Novelle verhindert, gab es hingegen nur selten.

VON PHILIPP AICHINGER

Wien. Vergeblich versuchten die beiden Frauen, die Hand ihres Kollegen auf der Abgeordnetenbank herunterzudrücken. Es könne doch nicht sein, dass es im Bundesrat eine Mehrheit gegen die Regierung gebe, meinten die zwei ÖVP-Abgeordneten – und glaubten an einen Fehler des freihetlichen Mandatars. Dieser stemmte trotz des Widerstands der Kolleginnen seinen Arm bei der Abstimmung in die Höhe. „Wenn der Arnold Schwarzenegger hinter mir gesessen wäre und mir die Hand hinuntergedrückt hätte – das wäre etwas anderes gewesen“, scherzte er danach.

Es war April 2005, und der inzwischen verstorbene Abgeordnete John Gudenus (übrigens Vater von Johann Gudenus) hatte im Bundesrat soeben mit Rot und Grün für Neuwahlen gestimmt. Es war ein symbolischer Beschluss kurz nach der orange-blauen Partespaltung, aber nicht mehr. Schließ-

lich ist für Neuwahlen allein der Nationalrat zuständig. Doch bei normalen Gesetzen kann der Bundesrat dem Nationalrat sehr wohl Steine in den Weg legen.

Eben das könnte bei einer türkis-grünen Regierung passieren. Denn die Fraktionen würden zwar im Nationalrat über eine Mehrheit verfügen, nicht aber im Bundesrat. Und die Länderkammer kann vom Nationalrat beschlossene Gesetze innerhalb von acht Wochen beeinspruchen. Allerdings sitzt der Nationalrat am längeren Ast. Er kann da-

## DER BUNDESRAAT

Die Länderkammer umfasst 61 Mandatare. Die ÖVP stellt 22, die Grünen zwei Abgeordnete (wegen der geringen Zahl ohne Fraktionsstatus). Für eine Mehrheit benötigt man 31 Stimmen. Diese hätte Türkis-Grün nicht, sehr wohl aber Türkis-Rot oder Türkis-Blau. Die SPÖ stellt 21 Mandatare, die FPÖ 15. Dazu kommt ein wilder Abgeordneter (Ex-FPÖ).

nach einen Beharrungsbeschluss fällen und somit das Gesetz auch allein durchsetzen.

## Blockade beim Wein erfolgreich

In der Vergangenheit gab es schon Regierungen, die ohne Mehrheit im Bundesrat agieren mussten. Und die Blockademöglichkeiten wurden auch genutzt, wie Werner Zögernitz, Präsident des Instituts für Parlamentarismus und früherer ÖVP-Klubdirektor, berichtet. In der letzten Phase der SPÖ-Alleinregierung von Bruno Kreisky erlangte die ÖVP 1982 die Mehrheit im Bundesrat. Die Schwarzen setzten sie auch gegen die folgende rot-blaue Regierung (bis 1987 im Amt) ein. Insgesamt 47-mal, wie Zögernitz weiß. Gegen die schwarz-oranger Regierung wiederum konnte sich ab 2005 eine Mehrheit aus roten, grünen und blauen Abgeordneten stemmen. Es kam zu 24 Einsprüchen.

Selten ließ sich der Nationalrat vom Bundesrat befehlen. Als die schwarz gepräg-

te Länderkammer 1985 nach dem Glykol-skandal gegen eine strenge Kennzeichnung der Weinflaschen stimmte, lockerte der rot-blau dominierte Nationalrat aber die Regeln.

Eine kleine Sensation gab es im Juni 2003: Damals trugen die FPÖ-Mandatare des Bundesrats die von der (eigenen schwarz-blauen Regierung) gewünschte Pensionsreform nicht mit. Das führte zu einer Koalitionskrise, das Gesetz trat schließlich mit einiger Verzögerung in Kraft.

Wirklich mächtig ist der Bundesrat, wenn Kompetenzen der Länder beschritten werden. Dann muss er mit Zweidrittelmehrheit zustimmen, sonst ist das Gesetz gescheitert. Und zwar zur Gänze, ohne dass der Nationalrat drüberfahren kann. In der Praxis wurde das im heurigen Februar erstmals relevant: Die SPÖ (21 von 61 Sitzen) verhinderte das türkis-blaue Ökostromgesetz. Ob die SPÖ ihre knappe Sperrminorität noch lang hat, ist aber fraglich. Der Bundesrat wird von den Ländern beschiedigt, und die Zusammensetzung ändert sich nach jeder Landtagswahl. In Vorarlberg (13. Oktober) hat die SPÖ nichts zu verlieren. Hält der rote Abwärtstrend aber bei den Umengängen in der Steiermark (24. November) oder in Wien (nächstes Jahr) an, wäre die Sperrminorität weg.

## Konsens mit anderen Parteien suchen?

Unter dem Strich bleibt, dass es im Bundesrat eine rot-blaue Mehrheit gibt. Und diese die Gesetze einer türkis-grünen Regierung um rund zwei Monate verzögern könnte. Innsbrucks Bürgermeister und Grün-Politiker Georg Willi erklärte in der „ZIB2“ vom Montag, dass das tatsächlich ein Problem wäre. Deswegen solle man je nach Thema auch einen Konsens mit der SPÖ bzw. den Neos suchen. Letzteres wird im Bundesrat freilich wenig nutzen, denn die Pinken haben dort kein einziges Mandat.

## Spesen und der Misstrauensantrag nützten der ÖVP

Forscher sind von raschem Schwenk der FPÖ-Anhänger überrascht. Quer durch die Lager seien Wähler mobiler denn je.

Wien. Die Spesenaffäre um HC Strache habe der FPÖ mehr geschadet als das Ibiza-Video, das die innenpolitische Kettenreaktion bis zur Neuwahl auslöste und in dem der Ex-Parteichef eine tragende Rolle spielte. Das sagten Politikwissenschaftler Fritz Plasser und Wahlforscher Franz Sommer am Dienstag bei der Präsentation ihrer Wahlanalyse.

Man habe sich in der Annahme, die Spesenaffäre hätte so knapp vor der Wahl kaum Einfluss auf das Wahlergebnis, „gehörig geirrt“. Denselben Schluss hatte auch Wahlforscher Peter Hajek in der Dienstaussage der „Presse“ gezogen. Die ÖVP habe offenbar in letzter Minute zahlreiche Wähler abgezogen. Eine Parallele fiel Sommer, der auch für die ÖVP tätig ist, hier zur EU-Wahl auf. Die Ankündigung eines Misstrauensantrags gegen den damaligen ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz habe großen Einfluss auf das Ergebnis gehabt, erinnerte Sommer. Auch damals sei die ÖVP „Nutznießer“ gewesen.

## Misstrauensvotum schadete SPÖ

Die Forscher betonten auch den großen Wählerstrom von SPÖ zu Grün. Mit der Ankündigung des Misstrauensantrags habe es einen „schlagartigen Rückgang von SPÖ-Präferenzen“ gegeben. Davon habe sich die Partei nicht erholt, nur für 39 Prozent der Wähler sei die Abwahl „richtig gewesen“.

Als weitere Faktoren nannte Plasser die große Zufriedenheit mit der Arbeit der türkis-blauen Regierung und „Sebastian Kurz als zentralem Akteur der Innenpolitik“. Und: Obwohl die Asylfrage im Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt hätte, sei sie für ÖVP-Wähler ein wichtiger Wahlgrund gewesen.

Generell sei der Wechselwähleranteil mit 40 Prozent der „höchste der österreichischen Wahlgeschichte“ gewesen. Wähler seien „mobil, hochgradig parteiunabhängig“ und reagierten rasch. (ag./red.)

Die Presse  
d  
DESIGN 2019  
THE DESIGN EXPERIENCE | 15-17 NOV

Seitner Schmuckwerkstatt  
Artelina  
About Stein  
Poliform Wien

## Funktion. Ästhetik. Nachhaltigkeit.

Freuen Sie sich mit uns auf eine inspirierende Designschau im MAK Wien. Auf 3000 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche animieren außergewöhnliche Designrends zum Angreifen, Spüren und Ausprobieren.

seitner  
SCHMUCKWERKSTATT

ARTELINA  
FIRENZE 1962

ABOUT STEIN

Poliform  
WIEN

[DIEPRESSE.COM/DESIGN19](http://DIEPRESSE.COM/DESIGN19)